

## **Entscheidungsvorschläge zu Hinweisen/Einwendungen im Bauleitplanverfahren**

**BEZEICHNUNG DER MAßNAHME:**      **Bebauungsplan Nr. 47 „Nördlich Turmkanal“, Stadt Papenburg**

**VERFAHRENSGANG:**                      **Frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB**

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Bedenken oder Anregungen zur Planung vorgetragen:

1. Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg, Emden vom 02.02.2021
2. Handwerkskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim, Osnabrück vom 21.01.2021
3. Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems, Meppen vom 11.01.2021
4. Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH, Hannover vom 01.02.2021
5. Kreisverband der Wasser- und Bodenverbände Aschendorf-Hümmling vom 17.12.2020
6. Deutsche Bahn AG, Hamburg vom 22.01.2021
7. Wasserverband Hümmling, Werlte vom 18.01.2021
8. Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Ems-Nordsee, Emden vom 19.01.2021
9. Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege, Abteilung Archäologie, Oldenburg vom 05.02.2021

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben Bedenken oder Anregungen/Hinweise zur Planung vorgetragen:

**1. Stellungnahme: Landkreis Emsland, Meppen**  
**Datum: 04.02.2021**

**Inhalt**

Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:

**Städtebau**

Auf dem Plan unter B. Örtliche Bauvorschriften ist der § 56 NBauO genannt. Dieser Paragraph regelt die Verantwortlichkeit für den Zustand der Anlagen und Grundstücke und ist daher sicherlich nicht gemeint.

Der überwiegende Bereich ist als Sondergebiet dargestellt. Ausgewiesen werden soll ein Kerngebiet. Aus Sicht des Landkreises Emsland wäre der Bebauungsplan daher nicht mehr aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

**Entscheidungsvorschlag:**

Die Überschrift wird redaktionell in § 84 NBauO geändert.

Die Stadt Papenburg hält auch weiterhin an der Festsetzung des Plangebietes als Kerngebiet (MK) gem. § 7 BauNVO fest. Das Plangebiet befindet sich in einem Grenzbereich zwischen der im rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Papenburg als gemischte Bauflächen (M) gem. § 1 (1) Nr. 2 BauNVO bzw. als sonstiges Sondergebiet (SO) gem. § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung – Freizeit und Kultur – dargestellten Nutzungen. Die Darstellungen des Flächennutzungsplans haben keinen förmlichen Normcharakter und entfalten aus sich heraus keine rechtliche Wirkung. In der vorliegenden verbindlichen, relativ kleinflächigen Bauleitplanung wird das gesamträumliche Entwicklungskonzept des Flächennutzungsplans als Gesamtkonzept aufgegriffen und verbindlich festgesetzt. Die sich aus dem Flächennutzungsplan ergebende städtebauliche Ordnung wird nicht beeinträchtigt. Auch kann die Nutzungsfestsetzung im Grenzbereich aufgrund der nicht parzellenscharfen Darstellungen des Flächennutzungsplans nach

<p><b><u>Naturschutz</u></b></p> <p>Die artenschutzrechtlichen, forstfachlichen und naturschutzfachlichen Belange wurden entsprechend den rechtlichen Vorgaben berücksichtigt und abgehandelt, wobei die Abhandlungen der Größe, der Lage und der Beschaffenheit des Plangebietes angepasst wurden.</p> <p>Darüberhinausgehende Prüfungen, Untersuchungen oder Erhebungen sind nicht erforderlich.</p> <p><b><u>Brandschutz</u></b></p> <p>Gegen die genannte Bauleitplanung bestehen in brandschutztechnischer Hinsicht keine Bedenken, wenn die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung des abwehrenden Brandschutzes bei der Ausführung wie folgt beachtet werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Vorgaben der §§ 1 und 2 DVO-NBauO sind zu beachten und umzusetzen.</li> <li>2. Die erforderlichen Straßen sind vor Fertigstellung der Gebäude so herzustellen, dass Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge ungehindert zu den einzelnen Gebäuden gelangen können.</li> </ol>	<p>Auffassung der Stadt Papenburg als aus dem Flächennutzungsplan gem. § 8 Abs. 2 BauGB entwickelt beurteilt werden. Gleichwohl wird bei einer Anpassung des Flächennutzungsplans für das Quartier um den ehemaligen Werftstandort ebenso eine Anpassung des in Rede stehenden Plangebiets vorgenommen.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Die nebenstehenden Hinweise zum Belang Brandschutz werden im nachfolgenden Baugenehmigungsverfahren beachtet.</p>
<p><b>2. Stellungnahme: Telekom Deutschland GmbH, Osnabrück</b>  <b>Datum: 26.01.2021</b></p> <p><b><u>Inhalt</u></b></p> <p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>

<p>Die Telekom hat bezüglich der o. g. Bauleitplanung derzeit weder Anregungen noch Bedenken.</p> <p>Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzwegekästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit freigehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Die Versorgungsleitungen und –anlagen bleiben soweit möglich in ihrem Bestand erhalten und werden bei der Planung beachtet. Eventuelle Umlegungen von Leitungstrassen oder technischen Anlagen werden mit dem jeweiligen Versorgungsunternehmen rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme abgestimmt. Bestandspläne der Versorgungsunternehmen werden bei der Planung beachtet.</p> <p>Die erforderlichen Schutzabstände und Sicherheitsbestimmungen bei Arbeiten in der Nähe von Leitungstrassen oder technischen Anlagen werden in Abstimmung mit dem Inhaber der Leitungsrechte beachtet.</p>
<p><b>3. Stellungnahme: EWE NETZ GmbH, Cloppenburg</b> <b>Datum: 06.01.2021</b></p> <p><u><b>Inhalt</b></u></p> <p>Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.</p> <p>Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.</p> <p>Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall Versorgungstreifen bzw. -korridore gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m für die Erschließung mit Telekommunikationslinien, Elektrizitäts- und Gasversorgungsleitun-</p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Die Versorgungsleitungen und –anlagen bleiben soweit möglich in ihrem Bestand erhalten und werden bei der Planung beachtet. Eventuelle Umlegungen von Leitungstrassen oder technischen Anlagen werden mit dem jeweiligen Versorgungsunternehmen rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme abgestimmt.</p> <p>Die baulichen Maßnahmen werden rechtzeitig vor Baubeginn mit den Versorgungsunternehmen abgestimmt. Die Kostenregelung erfolgt entsprechend den bestehenden vertraglichen Vereinbarungen.</p>

gen) sowie die Bereitstellung notwendiger Stationsstellplätze mit ein.

Die Kosten der Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.

Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite:  
<https://www.ewe-netz.de/cieschaeftskunden/service/leitunosplaene-abrufen>.

Zur effizienten Bearbeitung von Anfragen und Stellungnahmen bauen wir unsere elektronischen Schnittstellen kontinuierlich aus.

Bitte schicken Sie uns Ihre Anfragen und Mitteilungen zukünftig an unser Postfach [info@ewe-netz.de](mailto:info@ewe-netz.de).

Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Frau Wernicke unter der folgenden Rufnummer: 04471 7011-295.

Zur Kenntnisnahme.

Die baulichen Maßnahmen werden rechtzeitig vor Baubeginn mit den Versorgungsunternehmen abgestimmt. Die Versorgungsträger werden vor Ort eingewiesen und erhalten anschließend ausreichend Zeit für die Einleitung aller erforderlichen Maßnahmen. Bestandspläne der Versorgungsunternehmen werden bei der Planung beachtet.

<p><b>4. Stellungnahme: Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Bonn</b>  <b>Datum: 22.12.2020</b></p> <p><u><b>Inhalt</b></u>          Durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt.</p> <p>Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.</p> <p>Das Plangebiet befindet sich gern meiner Unterlagen in einem Jettieffluggkorridor. Es wird darauf hingewiesen, dass Beschwerden und Ersatzansprüche, die sich auf die vom Flugplatz/Flugbetrieb ausgehenden Emissionen wie Fluglärm etc. beziehen, nicht anerkannt werden.          Zudem liegt es im Interessengebiet der Militärischen LV-Radaranlage Brockzetel.</p> <p>Evtl. Antworten/Rückfragen senden Sie bitte unter Verwendung unseres Zeichens K-11-1861-20-BBP ausschließlich an folgende Adresse:          BAIUDBwToeB@bundeswehr.org</p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>In die Planunterlagen wird redaktionell ein Hinweis auf die vom Flugplatz/Flugbetrieb ausgehenden Emissionen, wie Fluglärm, sowie auf die Lage in einem Jettieffluggkorridor und im Interessengebiet der Militärischen LV-Radaranlage Brockzetel aufgenommen.</p>
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

**VERFAHRENSGANG:**                      **Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB**

Von der Öffentlichkeit wurden keine grundlegenden Bedenken oder Anregungen zur Planung vorgetragen.

Aufgestellt:  
 Papenburg, 05.02.2021  
 Ing.-Büro W. Grote GmbH